

Dringliche Motion Fraktion BDP/CVP (Martin Schneider, BDP/Claudio Fischer, CVP): Denkpause Reitschule

Die in diesem Jahr regelmässigen Gewaltausbrüche um die Reitschule, die jüngsten Eskalationen gegen Institution, das System und letztendlich gegen die Demokratie, sowie das immerselbe Lippenbekenntnis der IKuR sind mehr als bedenklich und eben, repetitiv. Da die Reitschule ein „selbstbestimmtes, autonomes Kultur- und Politzentrum“ ist, sind wir der Meinung, dass sie diese Probleme auch selbstbestimmt angehen muss, um erfolgreich zu sein.

Wir fordern den Gemeinderat auf,

1. Die Vertragsverhandlungen zwischen der IKuR und der Stadt Bern vollkommen transparent zu gestalten.
2. Den Reitschulvertrag unter folgendem Vorbehalt abschliessen: „Die Stadt Bern wird mit der IKuR einen Leistungsvertrag abschliessen, wenn die Reitschule von sich aus für mindestens 30 Tage ihre Tore von sich aus schliesst und ihre Probleme von innen und auf ihre Weise angeht. Falls dieser lösungsorientierte Ansatz der Stadt Bern nicht umgesetzt wird, wird die Stadt Bern den Leistungsvertrag mit der IKuR nicht unterzeichnen.“
3. Das Sicherheits-Securitykonzept, das die Stadt Bern mit den Clubs in der Aarberggasse unterzeichnet hat, ist integral in die Sicherheitsvereinbarungen im Leistungsvertrag mit der IKuR zu übernehmen.

Begründung der Dringlichkeit

Nach sieben gewalttätigen Ausschreitungen in zwei Monaten ist das Thema mehr als nur im wachsenden Schaden, es besteht akute Gefahr um Leib und Leben, das Thema muss jetzt angegangen werden.

Bern, 26. Februar 2015

Erstunterzeichnende: Martin Schneider, Claudio Fischer

Mitunterzeichnende: Martin Mäder, Isabelle Heer, Hans Kupferschmid, Philip Kohli, Michael Daphinoff

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend.

Zur Erinnerung: Gemäss Artikel 132, Absatz 1 ist der Gemeinderat zuständig für den Abschluss von Leistungsvereinbarungen. In die Zuständigkeit des Stadtrats fällt die Bewilligung der entsprechenden Verpflichtungskredite, falls diese höher ausfallen als total Fr. 300 000.00.

Der Gemeinderat kann mit bestimmten Organisationseinheiten sowie Dritten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben Leistungsvereinbarungen abschliessen.

Zu Punkt 1:

Verhandlungen, gleich welcher Art, gehören nicht auf den Marktplatz. Hingegen spricht nichts gegen eine transparente Darstellung des Verhandlungsergebnisses.

Zu Punkt 2:

Eine Schliessung der Reitschule stellt für den Gemeinderat das letzte Mittel dar. Bei den nun anlaufenden Vertragsverhandlungen mit der IKuR geht es prioritär darum, griffigere und klarere Bestimmungen zu formulieren, bei deren Verletzung der Gemeinderat die Möglichkeit hat, Sanktionen auszusprechen.

Zu Punkt 3:

Ein mit dem Regierungsstatthalter ausgehandeltes Sicherheitskonzept bildet für den Gemeinderat die Basis für die Verhandlungen. Im Rahmen der laufenden Verhandlungen zum Leistungsvertrag wird jedoch die Frage des Sicherheitskonzepts auch im Quervergleich mit jenem, das für die Clubs in der Aarbergergasse gilt, in die Überlegungen miteinzubeziehen sein.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen.

Bern, 29. April 2015

Der Gemeinderat